

Rundschreiben Nr. 25. – Juni 2021. Auch als Beilage zur Zeitschrift „Politische Berichte“ Nr. 3/2021.

ArGe-Sprecher/innen: Brigitte Wolf (V.i.S.d.P. c/o Marienstr. 32, 50825 Köln), Email: brigitte.wolf@mnet-online.de; Wolfgang Freye, Email: w.freye@web.de. Redaktion: Eva Detscher, Email: eva.detscher@web.de.

**Sonntag, 27.6.2021 – EINWAHL ab 8.45 Uhr, Beginn 9 Uhr, Ende 12 Uhr
In Kooperation mit dem Verein für politische Bildung, linke Kritik und
Kommunikation**

Vorschlag zur Durchführung der Tagung am Sonntag, 27.6.2021:

a) **Begrüßung** durch den Vorstand der ArGe, Moderation der Tagung am Sonntag, Brigitte Wolf, Wolfgang Freye

b) **Rechercheprojekt Mittlerer Osten**

b1) Rechercheprojekte und Archiv Politische Berichte – Anwendungsmöglichkeiten: Martin Fochler

b2) Einige Gesichtspunkte zur Entwicklung der politischen Positionen in den „Politischen Berichten“ 1980–1989 anhand des „Rechercheprojekts {Mittlerer Osten}“ Einleitungsbeitrag Ulli Jäckel (siehe unten)

b3) Diskussion und nächste Schritte

c) **ArGe Vorhaben Linke Schule** (Herbstschule 2021) und geplante Kurse
c1) Kurzvorstellungen (jeweils max. 5 Min) zu den Beiträgen in diesem Rundschreiben: • Themen „Internationale Beziehungen, Internationale Politik“ in der Sommer-/Winterschule und Vorschlag Winter 2021/2022. Ch. Cornides (siehe Seite 4) • Vorschlag Konzept für einen Kurs der ArGe zum Thema „Internationale Beziehungen“ und „Außenpolitik“, H. Vollmer, K-H Lechner (siehe Seite 5) • Vorschlag „Identitäre, nationalistische, völkische Bewegungen und Parteien in Europa – Gegen EU, europäische Integration und internationale Kooperation. Welche Gegenkräfte stehen dagegen?“ E. Detscher, R. Steffens (siehe Seite 8)

c2) Diskussion und Entscheidung über Kurse im Herbst/Winter 2021/2022

d) Verschiedenes

Brigitte Wolf, Wolfgang Freye, Christoph Cornides

Einige Gesichtspunkte zur Entwicklung der politischen Positionen in den „Politischen Berichten“ 1980 bis 1989 anhand des „Rechercheprojekts {Mittlerer Osten}“

ULLI JÄCKEL

Die „Politischen Berichte“ sind ab Oktober 1980 als 14-tägig erscheinendes „Nachrichtenmagazin“ des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) erschienen. Der BWK hatte sich vom KBW abgespalten mit dem Ziel, die Fortsetzung der Politik auf der Grundlage des Programms desselben zu organisieren. Diese programmatische Kontinuität wurde mit der Kopfzeile der Politischen Berichte „Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!“ symbolisiert. Zuvor war vor allem die Haltung eines Teils der Leitung des KBW kritisiert worden, die aufgrund ihrer Interpretation der „Drei-Welten-Theorie“ die Sowjetunion zur Hauptursache der Kriegsgefahr erklären wollte und demgegenüber die Notwendigkeit des Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus relativieren wollte. Die Durchsetzung einer ähnlichen Tendenz hatte bereits im Frühjahr 1980 zur Auflösung der KPD (AO) geführt. Im Programm des KBW hieß es „Allen sozialchauvinistischen und sozialimperialistischen Versuchen, der westdeutschen Arbeiterklasse irgendwelche gemeinsamen Interessen mit ihrer Bourgeoisie vorzutäuschen und sie damit auf ihre Seite zu zerren, treten die Kommunisten jederzeit entgegen.“

Das Programm verband im Wesentlichen ein leninistisches Parteaufbau-Konzept mit den Einschätzungen der Weltlage, wie sie von der KP-Chinas im Zusammenhang mit der „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ zu Anfang der sechziger Jahre entwickelt worden war. Darin spielten die nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt eine herausragende Rolle als „die wichtigsten Sturmzentren der Weltrevolution“. Die Leninsche Imperialismus-Theorie diene als wesentliche Grundlage der Analyse internationaler Politik.

Geprägt war das Programm weiterhin von der Vorstellung, dass die chinesische Kulturrevolution mit ihrer „Massenlinie“ eine Art basisdemokratische Alternative zu den verknöcherten Staats- und Parteiherrschaftssystemen sowjetischer Prägung

darstellen könne.

Diese Konzepte gerieten im Verlauf der siebziger und achtziger Jahre angesichts der realen politischen Entwicklungen zunehmend unter Druck und in Erklärungsnot:

Das Modell der proletarischen Avantgarde-Partei sah sich nach euphorischen Anfängen im Gefolge der Außerparlamentarischen Opposition der sechziger Jahre mit schwindenden Mitglieder- und Wählerzahlen konfrontiert. Das Entstehen der Grünen-Partei und die Entwicklungen in den realsozialistischen Ländern beeinflusste die Entwicklung der programmatischen und organisatorischen Vorstellungen.

Die Volksrepublik China leitete nach dem Tode Mao Zedongs und dem anschließenden Sturz der „Viererbande“ eine weitreichende Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik ein, die im diametralen Gegensatz zu den egalitären Zielen der Kulturrevolution stand. Sie relativierte das Prinzip des „Vertrauens auf die eigene Kraft“ und begann, die Öffnung zum Weltmarkt für die eigene wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen. Die Kritik an den realen Auseinandersetzungen und Auswirkungen der Kulturrevolution brachte ihr idealisiertes Bild im Westen ins Wanken.

In der Dritten Welt hatten Revolutionen und Bewegungen Erfolg, die nur schwer mit der Vorstellung von sozialer Befreiung und „Weltrevolution“ identifiziert werden konnten: Die islamische Revolution im Iran, die gegen die sowjetischen Invasoren kämpfenden Taliban in Afghanistan ebenso wie die von der VR China unterstützten Roten Khmer in Kambodscha.

Auch der Krieg des gerade erst befreiten Vietnam gegen Kambodscha und der damit begründete Angriff der VR China gegen Vietnam 1979 stellten bisherige Bewertungsmaßstäbe auf eine harte Probe.

Die Berichterstattung der Politischen Berichte zum Bereich Naher/Mittlerer Osten hatte einen Schwerpunkt von Anfang an in der Kritik des Militärregimes in der Türkei, das sich im September 1980 mit Unterstützung der Nato-Staaten an die Macht geputscht hatte. Neben der Solidarität mit den Linksparteien und den Gewerkschaften wurde der Einfluss

Zeitstrahl 1980–1989 (Kurzfassung)

1980

- **5. April:** Die Sowjetunion und Afghanistan ratifizieren einen Vertrag über die Stationierung sowjetischer Soldaten in Afghanistan.
- **12. September:** Militärputsch in der Türkei: Das Militär putscht unter General Kenan Evren zum dritten Mal in der Türkei. Der Putsch wird unterstützt von der Nato und den USA. Die Nato stationiert anschließend schnelle Eingreiftruppen in Kurdistan, in Van und Batman.
- **22. September:** Beginn des Ersten Golfkrieges zwischen Iran und Irak. Irakische Truppen griffen Anlagen der iranischen Ölindustrie an. Damit weitete sich der seit Monaten andauernde Grenzkonflikt zu einem offenen Krieg aus.

1981

- **28. April:** Israel schoss zwei syrische Hubschrauber ab und griff damit erstmals in die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den christlichen Milizen und den syrischen Schutztruppen im Libanon ein.
- **19. August:** In Libyen schießen amerikanische Kampfflugzeuge zwei libysche Militärmaschinen vor der Küste ab.
- **6. Oktober:** In Ägypten wird Präsident Anwar as-Sadat ermordet. Vize-Präsident Mohamed Hosni Mubarak übernimmt sein Amt.
- **16. Oktober:** Auflösung sämtlicher politischer Parteien durch den Nationalen Sicherheitsrat in der Türkei, führende Politiker wurden verhaftet.
- **1. Dezember:** Israel gründet die Zivilverwaltung (CIVAD) in Gaza (nach ihrer Einrichtung in der Westbank einen Monat zuvor), um die Verantwortung für die Nicht-„Sicherheits“-Bereiche (z.B. Gesundheit, Bildung, Wohlfahrt) im Gazastreifen zu übernehmen.
- **14. Dezember:** Israel erlässt ein Gesetz, das seine Gesetze und seine Verwaltung auf das Gebiet der Golanhöhen ausweitete. Am 17. Dezember 1981 erklärte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dieses Gesetz auf einer Sondersitzung in seiner Resolution Nr. 497 für null und nichtig („null and void“).

1982

- **2. Februar:** Die syrische Regierung lässt die Stadt Hama beschießen, die als ein Zentrum des Widerstandes der oppositionellen Muslim-Brüder gegen die Regierung von Hafiz al Assad galt.
- **25. April:** Israel gab den letzten Teil der 1967 besetzten Sinaihalbinsel an Ägypten zurück.
- **6. Juni:** Israel beginnt den ersten Libanonkrieg mit dem erklärten Ziel, die PLO zu zerschlagen. Am 26. Juni verurteilt die UNO-Vollversammlung Israel fast einstimmig.
- **11. Juli:** Eine außerordentliche Konferenz der Organisation der Erdölexportierenden Länder, OPEC, über eine weitere Begrenzung der Fördermengen für Erdöl, scheiterte in Wien an dem Widerstand des Iran.
- **1. August:** In der BRD tritt das Asylverfahrensgesetz (heutige Bezeichnung: Asylgesetz) in Kraft.
- **16. September:** Christliche Milizionäre ermorden unter den Augen und offenbar geduldet von israelischen Truppen in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila in Westbeirut zwischen 1000 und 3000 zurückgebliebene Palästinenser.
- **7. November:** Die Wähler stimmten mehrheitlich für die neue Verfassung der Türkei.

1983

- **17. Mai:** Vertreter Israels und des Libanons unterzeichnen

ein Abkommen, das den Kriegszustand zwischen den beiden Ländern beendet und den Rückzug aller ausländischen Truppen von libanesischem Boden vorsieht.

- **30. August:** Der türkische Asylbewerber Cemal Kemal Altun, um dessen Auslieferung die Türkei ersucht hatte, beging Selbstmord, indem er aus dem sechsten Stock des Berliner Verwaltungsgerichts sprang.
- **15. November:** Einseitige Proklamation der „Türkischen Republik Nordzypern“.

1984

- **22. Februar:** Die US-Regierung und Großbritannien entsandten Kriegsschiffe in die Golfregion.
- **3. April:** US-Präsident Ronald Reagan unterzeichnet eine Direktive zur wirksameren Bekämpfung des Terrorismus. Darin werden die US-Behörden ermächtigt, Terroristen künftig in jedem Winkel der Erde zu verfolgen, ausgemachte Terroristennester durch Präventivschläge auszuheben und nach Terroranschlägen gegen US-Ziele Vergeltungsschläge durchzuführen.
- **15. August:** Beginn des bewaffneten Widerstandes der PKK in der Türkei. Besetzung der Städte Eruh und Semdinli für mehrere Stunden.

1985

- **12. Februar:** Jordanien/Palästina/Israel 1985 – In der jordanischen Hauptstadt Amman haben sich König Husain II. von Jordanien und Yassir Arafat, der Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation, auf eine neue Nahost-Friedensinitiative geeinigt. Dabei war jede Beteiligung der PLO an einer geplanten internationalen Nahost-Friedenskonferenz von Israel entschieden abgelehnt worden.
- **1. Oktober:** Tunesien 1985 – Rund 60 Menschen sind bei einem Luftangriff der Israelis auf das PLO-Hauptquartier in südlich von Tunis (Tunesien) ums Leben gekommen. Der PLO-Chef Yassir Arafat und die Führungsspitze der Palästinensischen Befreiungsorganisation blieben unverletzt.
- **21. Dezember:** In Hamburg wird der 26-jährige Türke Ramazan Avci (1959–1985) von rechtsgerichteten Skinheads zu Tode geprügelt. Die Tat löst eine Debatte über zunehmende Gewalt gegen Ausländer in der Bundesrepublik aus.

1986

- **7. Januar:** US-Präsident Ronald Reagan hat einen totalen Wirtschaftsboykott gegen Libyen verhängt. Der Appell an die Verbündeten der USA, sich am Boykott zu beteiligen, ist auf Ablehnung gestoßen.
- **5. April:** Bei einem Anschlag auf die vorwiegend von US-Soldaten besuchte Diskothek „La Belle“ sind drei Menschen umgekommen. Weitere 230 Personen sind teilweise schwer verletzt worden. Der Anschlag, der mutmaßlich von Libyern verübt worden ist, gilt als Auslöser für die US-Luftangriffe auf libysche Städte vom 14. April.
- **15. Oktober:** Die Sowjetunion hat mit dem ersten Teilabzug von Truppen aus Afghanistan seit dem Einmarsch 1979 begonnen. Rund 7000 Soldaten waren betroffen.
- **10. Dezember:** Vor dem Parlament in Ankara hat der Ministerpräsident des Landes Turgut Özal angekündigt, dass die Türkei 1987 den Antrag auf Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG) stellen würde.

1987

- **14. Juli:** Als erstes Bundesland beabsichtigt Hamburg die Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer. Dieses Vorhaben wurde von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann von der CSU als verfassungswidrig bezeichnet.
- **8. Dezember:** Israel 1987 – In den Gebieten, die von den

Israelis besetzt sind, ist es zu Streiks und Demonstrationen der palästinensischen Bevölkerung gekommen. Die erste Intifada hat begonnen.

1988

- **Januar 1988:** Die islamische Widerstandsbewegung Hamas wird als aktiver Arm der Muslimbruderschaft im Gazastreifen gegründet.
- **9. April:** Der Führer der palästinensischen Befreiungsorganisation, Jassir Arafat, traf in Moskau Gorbatschow, den sowjetischen Parteichef, um über den Nahostkonflikt zu beraten. Gorbatschow unterstützte die Forderung der Palästinenser nach Selbstbestimmung, erwartete aber von der PLO die Anerkennung des Existenzrechts Israels in gesicherten Grenzen.
- **15. Mai:** Die Sowjetunion begann mit dem Rückzug ihrer Truppen aus Afghanistan.
- **11. August:** Osama bin Laden und einige Dschihadisten beschließen im pakistanischen Peshawar die Gründung der al-Qaida.
- **20. August:** Der Erste Golfkrieg zwischen dem Iran und dem Irak wurde beendet.
- **15. November:** Der Palästinensische Nationalrat (Organ der PLO) verkündete eine Unabhängigkeitserklärung, in der Jerusalem als Hauptstadt eines bisher nicht bestehenden Staates Palästina festgelegt wurde.
- **13. Dezember:** PLO-Chef Jassir Arafat erkennt in einer Ansprache an die UN-Generalversammlung in Genf zum ersten Mal das Recht der Existenz von Israel an. Er legt eine Friedensinitiative vor, die u.a. einen Abzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten und eine vorübergehende Unterstellung dieser Gebiete unter UNO-Aufsicht sowie die Aufnahme von direkten israelisch-palästinensischen Verhandlungen unter Einbeziehung der Nachbarstaaten vorsieht. Er verurteilt dabei auch jegliche Form von Terrorismus.

1989

- **14. Februar:** Durch eine Fatwa (islamisches Rechtsgutachten) abgesichert rief der iranische Revolutionsführer Ruhollah Chomeini (1902–1989) zur Ermordung des indisch-britischen Schriftstellers Salman Rushdie (*1947) auf.
- **16. Februar:** Ein Vorläufer der Izzedin al-Qassam-Brigaden (der militärische Flügel der Hamas, Mitte 1991 gegründet) führt die ersten militärischen Operationen der Hamas durch: die Entführung und Tötung von 2 israelischen Soldaten.
- **2. April:** Der Zentralrat der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO wählte in Tunis (Tunesien) den langjährigen PLO-Chef Jassir Arafat (1929–2004) zum Präsidenten des unabhängigen Staates Palästina, der im November 1988 ausgerufen worden war.
- **18. Dezember:** Die Europäische Kommission lehnt einen Beitritt der Türkei wegen wirtschaftlicher und politischer Bedenken ab.

Eine Langfassung des Zeitstrahls (*odt, nn Seiten A4) sowie eine interaktive, auf die PB verlinkter Katalog der einschlägigen Beiträge (*.pdf, 140 Seiten) können beim Autor dieses Beitrags bestellt werden. Es handelt sich um Beta-Versionen, an denen noch gearbeitet wird.

der westlichen Imperialisten, insbesondere der BRD, auf die Junta untersucht. Die BRD als größter Handelspartner der Türkei hatte die Führung bei der „Türkeihilfe“, durch die das vom IWF diktierte Programm der „wirtschaftspolitischen Liberalisierung“ und der „Stabilisierung des politischen Lebens“ (so die „Bundesstelle für Außenhandelsinformation“ 1980) der Militärjunta finanziert wurde. Der Türkei wurden Währungsabwertungen, Aufhebung der staatlichen Zinskontrollen und der Subventionen für Staatsbetriebe diktiert und das Land für ungehemmte Auslandsinvestitionen und den Zugang zu den Rohstoffquellen des Landes geöffnet. Dieses Programm war in den siebziger Jahren in der türkischen Gesellschaft nicht durchsetzbar gewesen.

Seit 1984 spielte die Solidarität mit dem von der PKK geführten kurdischen Befreiungskampf eine wachsende Rolle in den Beiträgen.

Zweiter Schwerpunkt war von Anfang an der israelisch-palästinensische Konflikt, der seine Höhepunkte im Libanonkrieg 1982 und der ersten Intifada ab Ende 1987 fand. Hier wurde die Position der PLO uneingeschränkt unterstützt, wenngleich im Verlauf auch widersprüchliche Tendenzen im palästinensischen Widerstand registriert wurden. Israel wurde als „Kolonialstaat“ und „Festung gegen die arabischen Völker der Region“ charakterisiert. Die USA und die BRD wurden für ihre Unterstützung Israels und die Nichtanerkennung der PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes kritisiert. Ab 1989 zeichnet sich eine Unterstützung der Zwei-Staaten-Lösung ab, nachdem die UN-Generalversammlung im Dezember 1988 die Souveränität des palästinensischen Volkes über die seit 1967 besetzten Gebiete anerkannt hatte.

Der im Sommer 1980 durch den Angriff des Irak begonnene Krieg zwischen Irak und Iran erstreckte sich ebenfalls fast über den gesamten untersuchten Zeitraum. Neben der Berichterstattung über aktuelle Entwicklungen und der Kritik imperialistischer Einmischung wurde auch versucht, die internen Triebkräfte zu analysieren, die diesem langen und für beide Seiten verlustreichen Krieg zugrunde lagen.

Im Falle der Invasion der Sowjetunion in Afghanistan gelangte man – ungeachtet ihrer konsequenten Ablehnung – jedoch zu einer realistischeren Einschätzung der inneren Widersprüche in Afghanistan ebenso wie zur Analyse der sowjetischen Beweggründe, die entgegen der westlichen Propaganda eher von defensiven Überlegungen bestimmt waren.

Besondere Beachtung fand auch Libyen in der Berichterstattung, das sich wegen der unabhängigen Politik Gaddafis einer zunehmend aggressiven Politik der USA ausgesetzt sah.

Hoffnungsvoll wurde über die Bestrebungen der OPEC-Länder berichtet. Die Beurteilung ihrer Politik ebenso wie die Bestrebungen der Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung ging jedoch von der Position aus, dass Weltmarkt und Welthandel grundsätzlich „imperialistische Fesseln für die Dritte Welt“ (PB 21/88, S. 5) seien, eine Position, die sich auch noch 1990 im „Standort des BWK in der sozialistischen Programmdiskussion“ findet. In der Politikwissenschaft wurde dies auch im Konzept der „Autozentrierten Entwicklung“ der in den achtziger Jahren einflussreichen Dependenztheorie vertreten.

Besonders seit 1983 entwickelt sich in der Zeitschrift eine intensive Beschäftigung mit der Politik gegen über Ausländern und den Angriffen auf das Asylrecht.

Im untersuchten Zeitraum entwickelten sich die theoretischen und programmatischen Positionen im BWK nur graduell. Erst in den neunziger Jahren erwirkten die dramatischen politischen Veränderungen eine Öffnung für wissenschaftliche Theorien jenseits des ML-Kanons, die z.B. im Rahmen der „Linken Schule“ und im Dialog mit Genossen aus der DDR diskutiert wurden.

I. Diskussionsbeitrag: Kontinuitäten in der Aufarbeitung, Neubefassung und Diskussion von Fragen internationaler Beziehungen / internationaler Politik und in AGs der Sommer-/Winterschule

CHRISTOPH CORNIDES, JUNI 2021

1. Ein Rückblick auf die Diskussion in den 1980er Jahren

Nach der Trennung des BWK vom KBW verwendeten die Mitglieder des BWK nicht wenig Zeit darauf, in ausführlichen Diskussionsprozessen verbunden mit der Veröffentlichung umfangreicher Sachmaterialien sich ihrer politischen Positionen zu vergewissern und sich mit eigenen bisherigen Positionen und der aktuellen Entwicklung kritisch auseinander zu setzen.

Zur Bereitschaft und zum Interesse an lernenden und offene Diskursen gehörte und gehört auch, sich auch damit zu beschäftigen, wie aktuelle und historische Entwicklung sich in der öffentlichen Publizistik anderer Parteirichtungen und Bewegungen und der Literatur der Gesellschaftswissenschaften niederschlagen.

Es konstituierten sich quer durch den Verband BWK thematische Arbeitsgruppen zu zentralen Themen (Wirtschaft, Steuern, Kommunen, Internationale Politik/Krieg und Frieden usw.), deren Ergebnisse u.a. auch in politischen Entscheidungsdokumenten für zentrale Delegiertenkonferenzen des Verbandes mündeten. Es entstanden Sonderveröffentlichungen der Politischen Berichte (Sonderausgaben und Arbeitshefte) und solche der Ergebnisse der Arbeitsgruppen.

So befasste sich die „DK – AG Imperialistischer Krieg“ z.B. u.a. kritisch insbesondere mit zwei Fragen und Positionen auch der eigenen politischen Praxis im KBW:

- Dem im Nachgang zu Positionen der KP Chinas de facto gegenüber der UdSSR eingenommene Standpunkt, die UdSSR habe sich zu einer neuen Form von „Kapitalismus“ entwickelt, der als nicht haltbar betrachtet wurde. Die UdSSR wurde schließlich als „staatssozialistisch“ bezeichnet.
- Dem kontinuierlichen Bedeutungs- und Politikwandel der „Drei-Welten-Theorie“ der KP Chinas in Fortsetzung der „Polemik über die Generallinie“ einerseits und den wirtschaftlichen, politischen und internationalen Zielen der VR China andererseits. Diese Prozesse wurden versucht nachzuvollziehen und an den realen Entwicklungen zu messen.

Die DK AG Imperialistischer Krieg zitiert u.a. die entsprechenden Quellen über die sog. „Dreiteilung der Welt“ und verweist kritisch auf den Zusammenhang zur realen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Chinas und zum sich ankündigenden neuen Wirtschafts- und außenpolitischen Kurs Chinas mit den Reformen unter Deng Xiaoping („Reform und Öffnung“, 1978). Ebenso wird die Querverbindung gezogen zur Verwendung als Legitimation „vaterländischer Positionen“ in der Linken in Deutschland in der damaligen Zeit.

„Nach der ‚Theorie der Drei Welten‘ wurden die verschiedenen Kräfte in der Welt folgendermaßen eingeteilt: Die beiden imperialistischen Supermächte, die Sowjetunion und die USA bilden die Erste Welt. Sie sind die größten internationalen Ausbeuter, Unterdrücker und Aggressoren und die gemeinsamen Feinde der Völker der Welt. Ihre Rivalität wird notwendigerweise zu einem neuen Weltkrieg führen. Das Ringen zwischen den beiden Supermächten um die Weltherrschaft, ihre Bedrohung aller Völker und der Widerstand dieser Völker gegen sie – dies ist bereits zum zentralen Problem der gegenwärtigen Weltpolitik geworden. Die sozialistischen Länder, die Stütze des internationalen Proletariats, und die unterjochten Nationen, die der größten Ausbeutung und Unterdrückung ausgesetzt sind und die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung ausmachen, bilden gemeinsam die Dritte Welt. Sie stehen in vorderster Front

des Kampfes gegen die beiden Hegemonialmächte und sind die Hauptkraft im weltweiten Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus. Die entwickelten Länder zwischen diesen beiden Welten bilden die Zweite Welt. Sie unterdrücken die unterjochten Nationen und beuten sie aus, sind jedoch gleichzeitig der Kontrolle und Schikane durch die beiden Supermächte ausgesetzt. Sie besitzen Doppelcharakter und stehen in Widerspruch sowohl zur Ersten wie zur Dritten Welt. Aber sie sind noch eine Kraft, die die Dritte Welt im Kampf gegen den Hegemonismus gewinnen oder mit der sie sich zusammenschließen kann.“ (Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt ist ein bedeutender Beitrag zum Marxismus-Leninismus, 1977, 5.22/23.)“ (BWK-DK AG Imperialistischer Krieg, 1982).

Die „Drei-Welten-Theorie“ und ihre Adaption in der westdeutschen Linken und im KBW werden im Ergebnis dann auch methodisch kritisiert als Form eines „Einschätzungssyndroms“, in dem sich Versatzstücke vorherrschender „westlicher“ Ansichten und Theorien – danach war die Erste „one world“ die nach-1945er Hegemonialmacht USA, die Zweite Welt waren die „sozialistischen Staaten“ und die Dritte Welt die Entwicklungsländer – mit der Suche nach Begründungen für wenig fundierte linke Politik und nach Orientierung im internationalen Geschehen vermischt.

Jedenfalls, eine Erfahrung, die in den damaligen Ergebnissen auch diskutiert und dokumentiert wurde ist, dass linke Positionen und linke Politik sich nicht zur „Gefolgschaft“ und/oder zur selbsternannten „Vertretung“ der Politik anderer Staaten und deren Außenpolitiken machen kann und nicht machen soll.

Eine weitere praktische Selbsterfahrung war, dass wir bekanntlich nichts voraussetzungslos tun, sondern alles auch mit politisch aktuellem Erkenntnisinteresse und in Kontinuität oder auch im Bruch mit bisherigen Positionen und Fragestellungen in den Blick zu nehmen versuchen. Ohne das offenzulegen, und sich selbst dieser Tatsache ständig zu vergewissern, sind tatsächliche offene politische Diskurse schwer möglich.

Im Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation wie auch in der Arbeitsgemeinschaft konkrete Demokratie, soziale Befreiung hat sich im Laufe der Jahre dann das Vorgehen herausgebildet und bewährt, neue Projekte zusammen mit der Präsentation und Diskussion der mit ihnen verbundenen Fragestellungen und Erkenntnisinteressen in der Kontinuität bisheriger Projekte zu diskutieren und zu entscheiden.

Insofern lässt sich sagen, dass in den vergangenen rund 30 Jahren alle Kurse in Thematik und Fragestellung auf entsprechenden Versammlungen diskutiert und entschieden wurden.

Dazu konnten bis Ende 2019 die Jahresversammlungen des Vereins und Vollversammlungen der ArGe genutzt werden. Das ist in Zeiten von Corona nicht einfacher geworden, aber weiterhin möglich.

2. Nach 1989 – Sommer-/Winterschule Thüringen und die Kurse

Der Beginn der Sommer-/Winterschule der ArGe war zugleich eine erste Brücke der Kontaktaufnahme, des Kennenlernens und der Diskussion mit der PDS in den neuen Bundesländern und war und ist weiterhin eine Methode der diskursiven, sach- und dokumentenorientierten Befassung mit Fragen der Geschichte, des Zeitgeschehens und der aktuellen politischen Aufgaben im Umfeld der Linken.

Die Bezeichnung der Kurse in ihrer Kontinuität geben den Rahmen der Fragestellungen, die Themen des jeweiligen Kurses

in den entsprechenden Jahren definieren die jeweils aktuelle Fragestellung der einzelnen Veranstaltung.

Generell hat sich in den Kursen der Sommer-/und Winter- schule bestätigt, dass nach wie vor die kritische Vorgehensweise sinnvoll ist, von dem auszugehen, was ist und sich entwickelt hat und auch ideengeschichtliche Thematiken unter dem Aspekt des Verlaufs der realen – wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen usw. – Entwicklung zu behandeln, aus und in der sie entstanden sind.

So hatten sich als Kurse in der Vergangenheit herausgebildet:

- Geschichte,
- Wirtschaft,
- Philosophie,
- Dazu kam später internationale Beziehungen/ internationale Politik.

Nicht alle Kurse fanden in allen Jahren statt.

Werden also neue Themenvorschläge und Kurse vorgeschlagen, entwickelt und diskutiert, so hat sich auch als produktiv für die Diskussion erwiesen, die Frage zu beantworten, im Rahmen welcher Fragestellung, also in welchem Kurs, das Thema behandelt werden soll. Manchmal erweist sich dann auch die Behandlung eines Themas in Kooperation von zwei Kursen als sinnvoll.

3. Bisherige Themenschwerpunkte internationale Beziehungen/internationale Politik

Das wissenschaftliche Fach „Internationale Beziehungen/Internationale Politik“ hat sich nach 1945 ausgehend von den USA als wissenschaftliches Teilgebiet des Gebiets „Politischen Wissenschaften“ entwickelt.

Dabei haben sich zwei, sich notwendigerweise ergänzende, Ebenen der Betrachtung und Fragestellung entwickelt:

- a) Internationale Beziehungen als Beziehung zwischen „sovereänen (National) Staaten“ im „System der internationalen Beziehungen“,
- b) Die Außenpolitik einzelner Staaten

Als Akteure wurden zunächst, in den Anfängen der Entwicklung der wissenschaftlichen Disziplin Internationale Beziehungen, hauptsächlich die einzelnen Nationalstaaten gesehen. Zunehmend setzt sich auch in der wissenschaftlichen Betrachtung (Stichwort „transnationale Politik“) die Sicht mehrerer bzw. weiterer Akteure des internationalen Geschehens durch. (NGOs, Internationale Organisationen und Zusammenschlüsse als selbständig handelnde Einheiten, soziale und politische internationale Bewegungen.)

Beide genannten Ebenen a) und b) haben jeweils wiederum zwei Aspekte, den der Theorie, also der „Theorie der Internationalen Beziehungen“ und der theoretischen Betrachtung von Außenpolitik als Teil der politischen Wissenschaften oder auch der Wirtschaftspolitik. („Außenwirtschaftspolitik“).

Der Kurs „Internationale Beziehungen“, der nicht in jedem Jahr und nicht bei beiden Schulungsterminen stattfand, befasste sich (die Dokumentation der Ergebnisse findet sich auf der Plattform Verein linke Kritik) mit folgenden größeren Schwerpunkten:

1.) Theorien der Internationalen Beziehungen, insbesondere „Realismus“, „Neorealismus“, „Institutionalismus“, Integrationstheorien (am Beispiel Europa),

2.) Europäische Integration/Einigung, EU als Entwicklung eines „Staatenverbundes“ (nicht Staatenbund, nicht Staat). Geschichte der Integration und der europäischen Organisationen, Organisation der EU, Gebiete gemeinsamer Politik (Rechts-, Wirtschafts-, Außenpolitik), fehlende „soziale Säule“.

3.) Bei der diesjährigen Herbstschule 2021 soll sich der Kurs „Internationale Politik/Internationale Beziehungen“ gemeinsam mit dem Kurs Philosophie mit der Frage der nationalen, nationalistischen, völkischen Gegenbewegungen gegen europäische Integration und internationale Kooperation befassen. (Ein Brexit ist genug!).

Der Titel: „Identitäre, nationalistische, völkische Bewegungen und Parteien in Europa – Gegen EU, europäische Integration und internationale Kooperation. Welche Gegenkräfte stehen dagegen?“

II. Vorschlag für Kurs und Thema im Winter 2021/2022 – zur Diskussion

Nach den bisherigen Schwerpunkten des Kurses „Internationale Beziehungen/Internationale Politik“ könnte die Befassung mit der Wirtschafts- und Außenpolitik der VR China seit 1978 und ihre Positionierung und Rolle in der UNO und in internationalen Organisationen ein Kursthema sein. Themen wären dabei, an einzelnen konkreten Organisations- und Themenfelder die konkrete Politik der VR China zu untersuchen: UNO und Abstimmungsverhalten bei internationalen Konflikten, ILO

und gewerkschaftliche Rechte, WTO und wirtschafts- und Handelspolitik, UN-Migrations- und Flüchtlingspakt als Beispiele.

Titel und Arbeitsvorschlag:

„Die Wirtschafts- und Außenpolitik der VR China seit 1978 (Deng Xiaoping/Reformpolitik) und die Neupositionierung und Rolle der VR China in und gegenüber der UNO, der WTO und internationalen Kooperationsabkommen und Organisationen (z.B. WHO, ILO).“

Konzept für einen Kurs der ARGE zum Thema „Internationale Beziehungen“ und „Außenpolitik“

HARDY VOLLMER UND KARL-HELMUT LECHNER, 19. MAI 2021

Die „Gruppe ARGE international“, die sich seit Februar 2021 zusammengefunden hat, ist dabei, Literatur zu den angesprochenen Themen zu sammeln und zu sichten. Sie hat in verschiedenen Anträgen, Stellungnahmen und Protokollen ihr Interesse bekundet, für die künftig geplanten ARGE-Schulungen einen Beitrag zu leisten. Ausgehend von dem bisher behandelten Thema „Völkerrecht“, möchte sie sich daran anschließend theoretisch befassen mit Fragen zu den Verschiebungen von Kräfte-

verhältnissen zwischen den – großen – Territorialstaaten, dem proletarischen Internationalismus, der friedlichen Koexistenz von Staaten, der Blockfreien Bewegung, dem Multilateralismus. Besonders die bisher thematisch nicht behandelte Außenpolitik der sozialistischen Länder der Sowjetunion/Russlands und der Volksrepublik China sollen dabei ins Blickfeld gerückt werden: von ihrer Gründung bis zu der heute von ihnen vertretenen und praktizierten Politik. Dazu noch einmal einige Gedanken:

Sichtung Linker Theorien I

Die Verschiebung von Kräfteverhältnissen zwischen den Territorialstaaten, die immer noch Herren über Krieg und Frieden und Subjekte des Völkerrechts sind, macht unseres Erachtens eine Auseinandersetzung mit den politischen Theorien nötig, die im Zuge dieser Prozesse entstehen und Bedeutung gewinnen. Diesem Interesse entspricht unsere Untersuchung, über welche Autorinnen und Autoren bzw. Werke diese Theorien sich erschließen lassen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Vorbereitung erschien nicht sinnvoll, uns zwischen einem Thema „China“ oder „Russland“ zu entscheiden. So ist doch zum Beispiel die Beurteilung der heutigen Außenpolitik der Volksrepublik China nur möglich, wenn wir die Entwicklung, die Kontinuität und Brüche der Politik seit 1917 im Vergleich zur Sowjetunion zur Kenntnis nehmen. Das Interesse an diesen Entwicklungen, das uns dabei leitet, ist nicht einseitig historisch; vielmehr wollen wir ebenso fundiert wissen, warum sich diese Staaten heute philosophisch und politisch international so verhalten, wie wir das erleben. Man muss schon etwas von Konfuzius wissen, um zu verstehen, warum dieser Philosoph in der bürgerlichen wie der kommunistischen Revolution bekämpft wurde und warum er heute wieder eine gewisse Argumentationsgrundlage der KP Chinas darstellt. Der chinesische Theoretiker Zhao Tingyang hat mit seinem Buch „Alles unter dem Himmel“ versucht, aus chinesischer Sicht „Vergangenheit und Zukunft der Weltordnung“ zu entfalten. Wir leben in einem imperialistischen Land, wir nehmen die wachsende Kriegsgefahr wahr und wollen Erkenntnisse und Argumente dafür finden, welche „linken Handlungsmöglichkeiten“ es dagegen gibt; oder: welche bisherigen außenpolitischen Konzeptionen dazu vorliegen. Wir gehen davon aus, dass in der Zeit seit den Revolutionen 1917 und 1949 manche guten und brauchbaren Gedanken entwickelt worden sind, aus denen wir historisch und politisch lernen können. Die geopolitische Lage und die Geschichte der beiden sozialistischen Länder von Russland und China zu kennen, ist dabei notwendiges Basiswissen, das wir zurzeit zusammenstellen.

Die Auseinandersetzung um die Herrschaft über Rohstoffquellen, Handelsrouten und Einflussphären geht in eine neue Runde und die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen ist real. Man fragt sich, sind die internationalen Vereinbarungen der vergangenen Jahrzehnte, die eine friedliche Zusammenarbeit von Staaten und internationalen Organisation bewirken sollten, noch eine ausreichende Grundlage, um den Kollaps des internationalen Systems zu verhindern, oder braucht es neue Strukturen und Vereinbarungen? Die aktuelle Debatte um eine Neuordnung der Weltpolitik kreisen um die Begriffe „Multilateralismus“ und „Multipolare Weltordnung“. Anhand ausgewählter Dokumente sollen zunächst die Positionen linker Außenpolitik der Sowjetunion, Chinas und der Blockfreienbewegung erarbeitet werden. In einem zweiten Schritt wollen wir uns dann mit den neueren Konzepten der Anti-Globalisierungsbewegung und der „multipolaren Weltordnung“ beschäftigen.

Stichwortartig können wir unsere bisherige Vorbereitungsarbeit folgendermaßen skizzieren:

1.) Proletarischer Internationalismus:

Er war von Anfang an mit dem Konzept der „nationalen Befreiung“ gekoppelt, was den Bereich der beteiligten Klassen am revolutionären Prozess deutlich ausweitete. Siehe: https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_2_4_kordt.pdf

2.) Friedliche Koexistenz:

Schon früh sind Elemente des Konzepts der Friedlichen Koexistenz in der sowjetischen Außenpolitik vorhanden, aber

vor allem nach dem 2. Weltkrieg wird dies zur herrschenden außenpolitischen Doktrin der UdSSR. In der „Polemik über die Generallinie“ Anfang der 60er steht die sowjetische Auslegung der Friedlichen Koexistenz gegenüber den kapitalistischen Ländern unter starkem Beschuss der Chinesen, die in der „Polemik über die Generallinie“ ihren internationalen kommunistischen Standpunkt im Unterschied zur UdSSR herausarbeiten. Siehe: <http://www.pagina-libre.org/MPPA/Texte/Mao/Koexistenz.html>

Es werden die jahrelang geltenden „5 Prinzipien“ der chinesischen Friedlichen Koexistenz formuliert: Sie lauten: „gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, friedliche Koexistenz“. Auf der Bandung-Konferenz vom Jahre 1955 legte China, zusammen mit den Ländern Asiens und Afrikas, auf Grund der Fünf Prinzipien, danach die Zehn Prinzipien fest. Die „Drei Weltentheorie“ ist eine Variante dieser friedlichen Koexistenz. Siehe dazu:

<https://life-coaching-club.com/10-prinzipien-fuer-internationale-beziehungen-nach-bandung/>

3.) Blockfreienbewegung:

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat zu diesem Thema gearbeitet. Siehe:

<https://www.rosalux.de/publikation/id/41631/das-emanzipatorische-nachleben-des-blockfreien-internationalismus?cHash=534cc725dfdfcb4336ce16a11d07b33e>

Die UN-Charta von 1945 ist im Wesentlichen als ein Antikriegsdokument entstanden. Die Intentionen der Blockfreienbewegung gingen darüber hinaus und fordern ein internationales System, das auf den Grundsatz gleichberechtigter Völker besteht, mit dem Ziel eine gemeinsame diskriminierungsfreie Weltwirtschaft aufzubauen. Eine wichtige Wegmarke war der Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 24.10.1970, der auf Initiative der Blockfreienbewegung zustande kam. Vgl. dazu die Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen. Siehe:

<https://www.un.org/Depts/german/gv-early/ar2625.pdf>

4.) „Multilateralismus – Multipolare Weltordnung“:

Beides ist Bestandteil von „Blockfrei“ und „Friedlicher“ Koexistenz. Sie sind ebenso in den UNO-Konzeptionen vorhanden.

5.) Sieg von Imperialismus und Neoliberalismus:

Nach 1989 herrscht zunächst große Konfusion über diese Entwicklung und den scheinbaren Zusammenbruch bisheriger sozialistischer Staaten und der langfristigen Vorherrschaft imperialistischer Mächte. Aber im Untergrund entwickeln sich Formen regionaler Zusammenarbeit in der Dritten Welt, die immer wirkmächtiger werden und die dann unter dem Begriff „Multilateralismus“ zusammengefasst werden können. Dabei wird der Begriff aktuell sowohl von der „Dritten Welt“ wie auch den imperialistischen Staaten verwendet. Logischerweise wird er aber ganz unterschiedlich ausgelegt. Über den „regionalen Multilateralismus“ geben zwei Dokumente Auskunft. Zunächst ein chinesischer Standpunkt und dann eine „westliche Beobachterin“. Siehe:

http://www.chinatoday.com.cn/german/2018/jdschwerpunkt/201910/t20191029_800183073.html

und

<https://blog.bti-project.de/2020/03/17/wie-china-am-westen-vorbei-internationale-zusammenarbeit-neu-gestaltet/>

China reagierte auf die erste Rede des US-Präsidenten Biden zur Außenpolitik und gab eine Antwort auf die „westliche Wertedis-

kussion“ innerhalb des Multilateralismus-Diskurses:

„Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie hat die Natur der „falschen Verbündeten“ in den USA und Europa offengelegt. Vom Abfangen von Atemschutzmasken und anderen Anti-Epidemie-Materialien bis hin zum Kampf um Impfstoffe hat die so genannte „Werteallianz“ ihr wahres, von Egoismus und Engstirnigkeit charakterisiertes Gesicht entblößt. In gewisser Weise beweist dies, dass eine so genannte „Werteallianz“ mit geopolitischen Zielen nichts weiter ist als ein leerer Slogan mit wenig praktischen Handlungsansätzen. Sich in „Wertetecliquen“ zu engagieren wird die Menschheit nur in Richtung Konfrontation und Hass treiben. Wie der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger sagte, sei es nicht klug, Allianzen zu bilden, um ein bestimmtes Land ins Visier zu nehmen. Es könne nur im Interesse der Bevölkerung und des allgemeinen Trends sein, ideologische Vorurteile beiseitezuschieben, Unterschiede einzudämmen und sich auf die Zusammenarbeit zu konzentrieren.“ Siehe:

<http://german.cri.cn/kommentar/alle/3259/20210207/618015.html>

Eine weitere chinesische Stellungnahme zu diesem Thema kommt von Xi Jinping. Die Peking Rundschau bezieht sich in ihrem Artikel vom 26.1.2021 auf dessen Video-Rede vor dem Davoser Wirtschaftsforum. Es heißt dort:

„Xi betonte ferner, Unterschiede seien nicht beängstigend. Was beängstigend sei, seien Arroganz, Vorurteile und Hass. Was zudem beängstigend sei, sei der Versuch, die menschlichen Zivilisationen zu hierarchisieren. Und was überdies beängstigend sei, sei das Aufdrücken der eigenen Geschichte, Kultur und des sozialen Systems auf andere. Die Länder sollten eine friedliche Koexistenz auf der Grundlage gegenseitigen Respekts und durch

Suche nach Gemeinsamkeiten unter Wahrung der Unterschiede erreichen. Sie sollten den Austausch und gegenseitiges Lernen zwischen den Ländern fördern und der Entwicklung und dem Fortschritt der menschlichen Zivilisation Impulse geben.

Die Essenz des Multilateralismus sei, so der chinesische Staatspräsident, dass internationale Angelegenheiten von allen geregelt werden sollten und dass die Zukunft der Welt in den Händen aller Länder liegen sollte. Eine geteilte Welt könne den gemeinsamen Herausforderungen der Menschheit nicht begegnen, und Konfrontation werde die Menschheit in eine Sackgasse führen. Die internationale Gemeinschaft solle nach Regeln und im Konsens aller Länder regiert werden, nicht durch ein oder wenige Länder, die das Sagen hätten.“

Siehe: http://german.beijingreview.com.cn/International/202101/t20210126_800233686.html

Die ganze Rede unter: <http://de.china-embassy.org/det/zgyw/t1848370.htm>

Was sich in den letzten Jahren ebenfalls stark herausgebildet hat, ist die starke Präsenz nichtstaatlicher, privater Akteure, die einen ziemlichen Einfluss auf die internationale Politikbildung genommen haben. Dazu gehören die verschiedensten Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO), aber auch die mit viel Kapital ausgestatteten „kapitalabhängigen“ Stiftungen. Diese aktuelle Entwicklung sollten wir bei unseren Untersuchungen ebenfalls berücksichtigen.

Als Ergebnis dieser Forschungstätigkeit interessiert uns, für unsere politische Praxis, Konzepte und praktische Umsetzungen für Weltordnungsmodelle zu finden, die auf Kooperation, Gleichberechtigung, Solidarität und friedliche Zusammenarbeit setzen.

Sichtung linker Theorien II

Da wir in den vergangenen Kursen schon erhebliche Vorarbeiten zum Thema Völkerrecht geleistet haben, wäre die weitere Forschungstätigkeit auch unter folgenden Gesichtspunkten anzupacken:

1. Außenpolitik der UdSSR seit 1917 bis 1990.

Es wäre interessant zu untersuchen, wie sich im Anschluss an die Oktoberrevolution eine dem Anspruch nach „sozialistische“, ja „revolutionäre“, Außenpolitik dargestellt hat. Bei der Betrachtung der sich bildenden Sowjetunion ist wichtig, dass wir es hier mit einem Staatenbund zu tun hatten, eben der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, die mit Fragen konfrontiert wurde, wie relativ unabhängige Staaten in einem Verbund kooperieren können. Das sind Themen, die z.B. die Bildung einer Weltstaatengemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg oder auch den EU-Bildungsprozess bis heute bestimmen. Also: wieviel Souveränität haben die einzelnen Republiken gegenüber der Gesamtverwaltung? Ist die Entscheidung für einen Austrittes möglich und wie wird solche eine Frage behandelt? Dabei ist für die Nationalitätenfrage die Behandlung unterschiedlicher religiöser, kulturelle Normen wichtig. Diese Debatte entstand schon damals in den islamischen Republiken der UdSSR und spielt heute in der VR China wieder eine Rolle.

Im November 1917 proklamierte der neue Sowjetstaat mit dem „Dekret über den Frieden“ die Prinzipien seiner künftigen Außenpolitik. Noch vor dem Ende des Ersten Weltkriegs kam es zum Vertrag von Brest-Litowsk mit dem Deutschen Reich. Es folgten die Jahre der Interventionen und des Bürgerkriegs. Der Völkerbund weigerte sich daraufhin zunächst, die UdSSR aufzunehmen; und noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde die UdSSR aus dem Völkerbund wieder ausgeschlossen. Wie sind die Versuche einer Bündnispolitik mit den westlichen europäischen Ländern gegen den deutschen Faschismus zu

bewerten?

Besonderes Augenmerk möchten wir auch auf die Zeit nach dem 2. Weltkrieg legen. Die UdSSR ist eine Weltmacht geworden und hat einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat. Wie verhält sich die Außenpolitik der UdSSR zur Dekolonisierung, insbesondere in Afrika? Und wie reagierten vor allem die USA darauf? Beispiel: Die Widersprüche zur Intervention Kubas in Angola und die Auswirkungen dieses Krieges auf den Zusammenbruch der Apartheid in Südafrika. Und schließlich: wie stellt sich die Außenpolitik gegenüber den arabischen Völkern und Israel dar?

2. Die VR China und die Politik der Neuen Seidenstraße.

Alle reden von China: Wir auch! Das China-Bashing gehört ja heute bereits zum „guten Ton“ bürgerlicher Politik. Kräftig hauen in diese Kerbe vor allem die Grünen. Die chinesische Offensive mit dem Projekt „Neue Seidenstraße“ wird als neokolonialistische und imperialistisch beschrieben. Auch die neue US-amerikanische Regierung setzt ihre Politik der Einkreisung gegenüber der VR-China mit diesen Argumenten fort. Mit Sicherheit ist die Neue Seidenstraße kein Projekt der Nächstenliebe. Und doch unterscheidet sich das Vorgehen Chinas erheblich von den Taktiken der „alten“ Kolonialmächte. Eine Reihe von Ländern ist bereit zur Zusammenarbeit, weil sie die einseitigen Beziehungen zu den USA und Europa hoffen abschütteln können. Die kleinen Staaten im Pazifik sehen in vielen Projekten der VR-China ihre einzige Chance, auf einen Pfad der Entwicklung zu kommen – entsprechend der Aufschrei der konkurrierenden Staaten USA und Australien. In diesem Zusammenhang den Vertrag über die „Pazifische Freihandelszone“ zu analysieren, wäre für uns sehr spannend.

Ein „weites Feld“, aus dem wir einige wichtige Schwerpunkte herausgreifen wollen. Mit vereinten Kräften könnten wir manches an Erkenntnis für uns heute dazu gewinnen.

Identitäre, nationalistische, völkische Bewegungen und Parteien in Europa – gegen EU, europäische Integration und internationale Kooperation. Welche Gegenkräfte stehen dagegen?

Fortentwicklung unseres Bestrebens, den Herrschaftsansprüchen rechter und rechtsextremer Politik in ihren vielfältigen Ausprägungen und mannigfaltigen Zielen entgegentreten zu können.

ROSEMARIE STEFFENS, MICHAEL JURETZEK, CHRISTOPH CORNIDES, EVA DETSCHER

„Identitäre Politik ist der Ansatz der Rechten und zielt auf Herrschaftsstrukturen im Innern und in der Außenpolitik, richtet sich gegen Völkerverständigung und gegen das emanzipatorische Aushandeln unterschiedlicher Interessen. Gegen diese nationalistischen und rechten Positionen bezüglich internationaler Organisationen und Institutionen sowie gegenüber der EU steht die menschenrechtliche Idee als Gegenentwurf zu den identitären Projekten und zur Nazi-Ideologie des Herrenmenschentums weltweit und europaweit. Diese Bestrebungen und Erfolge, aber auch Niederlagen wie der Brexit sind Gegenstand der Linken Schule.“

Hinweis auf Diskussionsgrundlagen in den Politischen Berichten 3/21 – „Die Entwicklungspolitik der AfD“ und „Der nationale Aktionsplan kulturelle Identität der AfD“

Die politischen Positionen der AfD zu Deutschlands Rolle gegenüber den Entwicklungsländern haben in den letzten fünf Jahren einen aggressiv identitären Charakter angenommen. Das Deutsche Institut für Sprache und Sozialforschung hat die Entwicklung im Sonderheft „Die Entwicklungspolitik der AfD“ (Dez. 2020) anschaulich recherchiert.

Die AfD führt gegen international anerkannte Normen, die

Lektüren für den Herbstkurs in der näheren Auswahl:

1. Appiah, Antony: Identitäten. Die Fiktionen der Zugehörigkeit. Stichworte: Theorie der Identität, Religion, Land, Hautfarbe, Klasse, Kultur. Autor belegt, dass der Begriff Identität nur auf eine Person zutrifft und sie sich stetig wandelt.
2. Ebke, Almuth: Britishness. Die Debatte über nationale Identität in GB 1967 – 2008. Stichworte: Soziale Zugehörigkeit zwischen Nation, Gesellschaft und Empire, Nationalismus in Scotland und Wales, Neuverhandlung der Begriffe class, race und nationale Identität, Britishness und New Labour. Diskussionen um die Nationality Acts 1948 und zum EU-Beitritt, für den GB sagen musste, wer ein „Zugehöriger“ ist.
3. Piketty, Thomas (Professor für Wirtschaft in Paris): Kapital und Ideologie. 16. Kapitel „Sozialnativismus: Die postkoloniale Identitätsfalle“. Stichworte: Wandel der politischen Konfliktlinien am Beispiel Polen, Ungarn und Italien. PiS, Fidesz und Lega Nord: Aufstieg, Kernaussagen und Regierungspolitik. EU-Austeritätspolitik und Steuereumping.
4. Becker, Andrea und Kellersohn, Helmut: Die Entwicklungspolitik der AfD (DISS-Journal). Stichworte: Immer eindeutiger werdende identitäre Ausrichtung zur Migrationsverhinderung und Abschiebung Geflüchteter, völkischer Nationalismus bekämpft emanzipative und universelle Menschenrechte
5. www.ilo.org: ILO Verfassung 1919. Ziele und Zwecke der ILO 1944. Stichworte: Gegenmodell zur identitären Entwicklungspolitik. Die ILO, älteste Sonderorganisation der UN, ist zuständig für die Entwicklung, Formulierung und Durchsetzung verbindlicher internationaler Arbeits- und Sozialstandards. Hauptziele sind die Förderung von menschenwürdiger Arbeit, sozialer Sicherung und Stärkung des sozialen Dialogs.
6. Sarhan Dhoubi Hrg.: Die politische Konzeption der Menschenrechte. Stichworte: Entwicklung der Menschenrechte von moralischen Ansprüchen hin zu global anerkannten, einklagbaren Rechten für Einzelne.
7. Keller, Xaver (Studienarbeit): Recht auf Entwicklung und neue Internati-

onale Wirtschaftsordnung. Stichworte: Selbstbewußtes Auftreten der Entwicklungsländer. Formulierung des Anspruchs des Südens mit der UN-Erklärung 1986 „Dritte Generation der Menschenrechte“. Entgegengesetzte Haltung zur AfD-Entwicklungspolitik.

8. Schmitt, Carl, 1932 und 1939: Auszüge aus: a) „Der Begriff des Politischen“ und b) „Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte“. Stichworte: Freund-/Feind-Unterscheidung und die Reichsidee als Verbindung völkisch-nationalistischer Staatsdiktatur und Hegemonialmacht im Großraum, zwei Zentralpunkte der Staats- und Völkerrechtsphilosophie des „Kronjuristen“ der Nazis, Carl Schmitt.

9. Zhao Tingyang, VR China (Philosophieprof. in Peking): Alles unter dem Himmel. Stichworte: Die Welt als politisches Subjekt, Inklusion der Welt und Souveränität der Welt, Die Weltgeschichte hat noch nicht begonnen, Vorschlag einer kooperativen Weltpolitik gegenüber einer hegemonial westlich geprägten internationalen Politik.

10. Julien, François (Philosophieprof. In Paris): Rassismus und kulturelle Identität, Ausgew. Schriften, Bd. 2. Stichworte: Umkämpfte Identitäten – neue Politiken der Repräsentation. Die Frage der kulturellen Identität. Untersuchung der Bewegungen Eingewanderter in GB gegen zunehmenden Rassismus des „Thatcherismus“. Gegenüber Behauptungen einer „nationalen Identität“ vertritt Hall: „Alle modernen Nationen sind kulturell hybrid“. Jede „Identität“ müsse als „diskursiver Entwurf“ im Rahmen ständiger Veränderungen behandelt und in Formen emanzipativen Zusammenlebens transformiert werden.

11. Van Dyk, Silke (Prof. für Politische Soziologie in Jena): Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Aus Politik und Zeitgeschichte 2/2019. „Identitätspolitik“ bpb. Stichworte: Große Koalition gegen die Identitätspolitik. Strategien der Delegitimierung. Neue Klassenpolitik und rebellischer Universalismus. „Die größte Gefahr für eine emanzipatorische Alternative zur Neuen Rechten besteht gegenwärtig darin, dass die Pole Klasse und Nation miteinander verschmolzen werden.“

ArGe Kurs Langfristige Siedlungsentwicklung. Alternativ: Abendveranstaltung bei der ArGe-Tagung im Oktober mit Schwerpunkt Regionalplanung Thüringen **oder** Lektürekurs, Konzept der zentralen Orte, Entwicklung von Metropolregionen; einführende Literatur. Mehr in der August-Nummer der Politischen Berichte. MARTIN FOCHLER